



## Antrag

der Abgeordneten **Christoph Maier, Stefan Löw, Richard Graupner, Jan Schiffers**  
und **Fraktion (AfD)**

### **Linksextremismus bekämpfen!**

Der Landtag wolle beschließen:

Der Landtag stellt fest:

Linksextremismus steht im klaren Widerspruch zur Verfassung und den grundlegenden Prinzipien, auf denen unsere demokratische Gesellschaft aufgebaut ist. Unsere Verfassung schützt die Rechte und Freiheiten jedes Einzelnen und legt die Grundlagen für ein friedliches und gerechtes Zusammenleben.

Linksextremistische Gewalt und links-motivierte Angriffe auf das demokratische System untergraben hingegen die Prinzipien der Meinungsfreiheit, des respektvollen Austauschs und der demokratischen Entscheidungsfindung.

Linksextremismus gefährdet daher nicht nur die Sicherheit und den Frieden, sondern auch das Vertrauen in unsere demokratischen Institutionen. Deshalb ist es wichtig, dass wir als Gesellschaft zusammenstehen und entschieden gegen jede Form von Linksextremismus vorgehen, um die Grundlagen unserer Verfassung zu schützen und Bayern als einen Ort des demokratischen Dialogs und des respektvollen Miteinanders zu bewahren.

Die Staatsregierung wird aufgefordert, durch eine mediale Kampagne über die Gefahren des Linksextremismus und Linksterrorismus aufzuklären, die Bekämpfung des Linksextremismus zu priorisieren sowie die Polizeipräsenz in linken Szenevierteln auszubauen.

### **Begründung:**

Angesichts der zunehmenden Gewalt und Bedrohungen durch Linksextremismus und Linksterrorismus ist es dringend erforderlich, eine mediale Kampagne über die Gefahren dieses Phänomens zu initiieren und die Bekämpfung des Linksextremismus zu priorisieren. Die jüngsten Vorfälle, wie die Zunahme von Straftaten gegen Verbindungsstudenten beim Coburger Convent und die Verurteilung von Lina E. und ihrer Komplizen wegen zahlreicher Angriffe auf vermeintliche Rechtsextremisten, verdeutlichen die Ernsthaftigkeit der Situation.

Die Gewaltakte, bei denen Verbindungsstudenten angegriffen und verletzt wurden, zeigen, dass Linksextremisten gezielt gegen Menschen vorgehen, die sie ideologisch ablehnen. Diese Angriffe stellen einen direkten Angriff auf das Recht auf Meinungsfreiheit und den Schutz der Persönlichkeit dar. Eine mediale Kampagne kann die Öffentlichkeit für diese Gefahren sensibilisieren und dazu beitragen, das Bewusstsein für den Linksextremismus zu schärfen.

Die zahlreichen Ausschreitungen wegen der Verurteilung von Lina E. und ihrer Komplizen unterstreichen die Notwendigkeit, dem Linksextremismus effektiv entgegenzutreten. Die Bildung krimineller Vereinigungen und die Durchführung von Angriffen sind

klare Verstöße gegen das Rechtsstaatsprinzip und die Grundrechte. Die Verharmlosung oder politisches Schweigen bestärken diese Extremisten lediglich in ihren Taten, daher muss die Polizei mit ausreichenden Ressourcen und einer verstärkten Präsenz in linken Szenevierteln ausgestattet werden, um solche Straftaten in Bayern zu verhindern und die Sicherheit der Bevölkerung zu gewährleisten.

Die statistischen Daten zu linksextremistischen Straftaten sowie der Anzahl der gewaltorientierten Linksextremisten in Bayern verdeutlichen die Größenordnung des Problems. Es ist besorgniserregend, dass linksextreme Gruppen versuchen, Themen wie Klimaschutz für ihre eigenen extremistischen Ziele zu instrumentalisieren. Eine verstärkte polizeiliche Präsenz und gezielte Ermittlungsarbeit sind notwendig, um diesen Tendenzen entgegenzuwirken.

Der Linksextremismus stellt eine direkte Bedrohung für unsere demokratische Gesellschaftsordnung dar, seine Ideologien zielen darauf ab, das demokratische System zu zerschlagen und eine „herrschaftsfreie“ Gesellschaft zu etablieren. Dies steht im klaren Widerspruch zu den Grundprinzipien unserer Verfassung, darunter die Gewaltenteilung, das Rechtsstaatsprinzip und der Pluralismus. Es ist daher von größter Bedeutung, dass wir den Linksextremismus aktiv bekämpfen und unsere demokratischen Werte verteidigen.

Durch eine mediale Kampagne können die Gefahren des Linksextremismus in der Öffentlichkeit bewusst gemacht und das Verständnis für die Bedeutung der Bekämpfung dieses Phänomens gestärkt werden. Eine verstärkte Polizeipräsenz in linken Szenevierteln ist notwendig, um Straftaten zu verhindern, potenzielle Täter abzuschrecken und die Sicherheit für alle Bürger zu gewährleisten. Nur durch eine entschlossene und koordinierte Vorgehensweise können wir dem Linksextremismus wirksam entgegenzutreten und unsere demokratische Gesellschaft schützen.